

Vortragsreihe
"Die deutsche Frage aus internationaler Sicht"

**Der amerikanische Standpunkt zur europäischen
Sicherheit und zur deutschen Frage**

18. Januar 1990 in Bonn

Vernon A. Walters

(Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika)

Gesprächsleitung: **Dr. Wilhelm Bruns**

(Leiter der Abteilung Außenpolitik- und DDR-Forschung
der Friedrich-Ebert-Stiftung)

C90-448

Inhalt

Seite

Einführung: Holger Börner.....	2
Vortrag: Vernon A. Walters.....	4
Diskussion:.....	15
Presse-Echo:.....	28

EINFÜHRUNG

Holger Börner

Sehr geehrter Herr Botschafter, meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt heute ihre Vortragsreihe "Die deutsche Frage aus internationaler Sicht" mit dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Vernon Walters, fort.

Herr Botschafter, ich darf Sie in der Friedrich-Ebert-Stiftung herzlich begrüßen.

Lassen Sie mich meinen Dank dafür aussprechen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika das Ziel unterstützen, "auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt". Darin drückt sich eine solidarische politische Haltung zum Bündnispartner Bundesrepublik Deutschland aus. Dennoch die Frage: Wie sieht der Weg vom Bekenntnis zum gemeinsamen Ziel zur praktischen Politik aus?

Damit sind wir beim Deutschland-Vertrag und seinem vielzitierten Artikel 7. Bekanntlich verpflichten sich darin die Vertragsstaaten, für ein wiedervereinigtes Deutschland zu wirken, für ein Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und in die europäische Gemeinschaft integriert ist.

Was bedeutet dieser Artikel 7 für die Vereinigten Staaten von Amerika im Januar 1990? Würden die USA die deutsch-deutsche Konföderation unterstützen? Ohne Vorbehalt und ohne Bedingungen?

Der amerikanische Außenminister hat in seiner wichtigen Rede in Berlin am 12. Dezember 1989 zur deutschen Frage u. a. gesagt: "Die Wiederherstellung der Einheit sollte im Rahmen der anhaltenden Verpflichtungen Deutschlands gegenüber der NATO erfolgen."

Die NATO-Integration der DDR ist aber offenbar unrealistisch, wie der sowjetische Außenminister in Brüssel im Dezember 1989 ausgeführt hat. Ist die

Wiedervereinigung bzw. Vereinigung der beiden Teile Deutschlands also wegen dieser Vorbedingung der Vereinigten Staaten unmöglich? Vielleicht können Sie heute diesen Sachverhalt aufklären.

Es gibt außerdem wieder Gespräche der vier Mächte. Ist zu erwarten, daß diese Gespräche zu der Überlegung oder gar zu dem Vorschlag führen, einen Friedensvertrag mit Deutschland vorzubereiten?

Wie sähe der "runde Tisch" zur Vorbereitung eines solchen Friedensvertrages aus, d.h., wer säße mit am Tisch?

Neulich hieß es in einem Leitartikel in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": Die Alliierten "können sich nicht in die Rolle von interessierten (oder besorgten) Beobachtern zurückziehen und auch nicht so tun, als könnte alles so bleiben, wie es bisher war". Was sagen Sie zu solchen Stimmen bei uns?

Herr Botschafter, wir sind gespannt auf die amerikanische Antwort zur deutschen Frage.

Meine Damen und Herren: Nach dem Vortrag besteht Gelegenheit zur Aussprache, die der Leiter der Abteilung "Außenpolitik- und DDR-Forschung" unseres Forschungsinstituts, Dr. Wilhelm Bruns, moderieren wird.

Herr Botschafter, darf ich Sie nun bitten, zu uns zu sprechen.

VORTRAG

Botschafter Walters

Sehr geehrter Herr Börner,
Herr Burckhardt,
Herr Bruns,
meine Damen und Herren,

zunächst möchte ich Ihnen für die Einladung danken, hier bei der Friedrich-Ebert-Stiftung über ein Thema zu sprechen, das nicht nur für die Deutschen, sondern auch für alle Europäer und Amerikaner von größter Bedeutung ist. Dieses Thema war in den Schlagzeilen zahlreicher Zeitungsberichte und Kommentare, ist jedoch auch Gesprächsthema in Familien und unter Freunden, wenn sie beim Essen zusammensitzen oder ihren Sonntagsspaziergang machen und das Thema Politik zur Sprache kommt.

Einer meiner Freunde, ein renommierter Arzt, erzählte mir einmal eine Geschichte aus seiner Zeit als Medizinstudent. Während einer Vorlesung über Nierenheilkunde verwies der Professor auf die Gefahren unbedachter Wiederholungen. Er zitierte einen Chirurgen, der sich bei der Visite nach dem Befinden einer Frau erkundigte, der er gerade eine Niere entfernt hatte. Die Patientin erwiderte: "Herr Doktor, viel besser als beim letzten Mal, als sie meine andere Niere entfernt haben!"

Botschafter Mallaby und Botschafter Boidevaix haben vor mir bereits an diesem Podium gestanden, um Ihnen den britischen und französischen Standpunkt zu dem obengenannten Thema zu erläutern. Ich möchte Wiederholungen vermeiden - sollte es dennoch gewisse Überschneidungen geben, so nur aus Gründen der Verdeutlichung.

Ich werde mich in meinen Ausführungen des öfteren auf das Kommuniké der Ministertagung des Nordatlantikrates vom Dezember letzten Jahres beziehen, und zwar aus zwei Gründen. Erstens ist das Kommuniké das jüngste Dokument über die Ansichten der NATO zu einem breiten Spektrum von Fragenkomplexen, mit denen wir uns heute konfrontiert sehen und damit ein wichtiges Dokument, das unsere ungeteilte Aufmerksamkeit verdient. Zweitens möchte ich die bisherige und zukünftige Bedeutung der NATO für historische politische

Entwicklungen hervorheben, die sich derzeit in Europa vollziehen. Die NATO war und ist eine militärische und politische Institution von entscheidender Bedeutung. Seit vierzig Jahren steht die NATO im Brennpunkt der westlichen Sicherheitspolitik. Die von den Grundsätzen des Harmel-Berichts geleitete klar formulierte Aufgabe und die Entschlossenheit der NATO haben den Ereignissen, die heute die Schlagzeilen beherrschen, den Weg bereitet.

Angesichts der Herausforderungen und Möglichkeiten der neunziger Jahre müssen wir eine Atempause einlegen und uns einmal die tiefgreifenden Veränderungen vor Augen führen, die 1989 in Osteuropa stattgefunden haben. Heute vor einem Jahr hätte sich keiner von uns träumen lassen, in welchem Ausmaß sich die Länder des Warschauer Pakts innerhalb dieser kurzen Zeitspanne von nur einem Jahr verändern würden. Das Kommuniqué stellt dazu fest: "Wir stehen an der Schwelle eines neuen Zeitalters, in dem die demokratischen Werte, die das Herzstück unseres Bündnisses bilden und Teil des europäischen Erbes sind, auf dem ganzen Kontinent zunehmend Geltung erlangen."

Die heutige Erörterung der deutschen Frage wäre undenkbar ohne eine Bilanz der Veränderungen, die sich innerhalb von nur vier Jahren in der Sowjetunion und Osteuropa vollzogen haben. Seit der Amtseinführung Gorbatschows im Jahre 1985 hat die Sowjetunion den Kurs ihrer Innenpolitik und nicht zuletzt die Zukunft Osteuropas mit einem Konzept verändert, das in einem Wort zusammengefaßt werden kann: "Glasnost".

Glasnost bedeutet nichts anderes als die Einführung politischer Freiheiten in eine Gesellschaft, die jahrzehntelang unbeugsamer stalinistischer Unterdrückung unterworfen war. Es ist ein fundamentaler Grundsatz unserer westlichen demokratischen Gesellschaften, daß ein Volk über seine Zukunft bestimmen kann. Perestroika war ein Eingeständnis, daß Planwirtschaft nicht funktioniert. Was funktioniert, liegt auf der Hand - das Prinzip der freien Marktwirtschaft.

Glasnost und Perestroika und ihre Auswirkungen verbreiteten sich wie ein Lauffeuer in den anderen Ländern Osteuropas. Innerhalb kurzer Zeit wurden die einstmals verhafteten und zu Gefängnisstrafen verurteilten polnischen Gewerkschaftsführer Vertreter der ersten nichtkommunistischen Regierung in Osteuropa.

Während Europäer in Ost und West und nicht zuletzt Menschen in der ganzen Welt von der Niederschlagung der Freiheitsbewegung in China schockiert waren, begannen die Menschen in der DDR "mit ihren Füßen abzustimmen", um ihre Abkehr von der SED-Regierung in der DDR zu demonstrieren. Zunächst strömten sie in Scharen nach Ungarn und Polen, um einen Ausweg aus der Unterdrückung in Honeckers DDR zu suchen. Diejenigen, die in der DDR zurückblieben, gingen auf die Straße - in Leipzig, Berlin und bald auch in den anderen Städten der DDR.

Praktisch zur gleichen Zeit wurde Schiwkow in Sofia gestürzt. Vielleicht kann Bulgarien bald eine "fähige" freie Regierungsform finden. Die Tschechoslowakei folgte als nächstes. Innerhalb weniger Wochen konnte das tschechische und slowakische Volk Alexander Dubcek als Parlamentspräsidenten feiern, und das Ausmaß des tiefgreifenden Wandels wird durch die Tatsache symbolisiert, daß Vaclav Havel - früher Zielscheibe kommunistischer Repressionen - heute Präsident der Tschechoslowakei ist.

Rumänien schließlich mußte große Verluste an Menschenleben hinnehmen, ehe Diktator Ceaucescu abgesetzt war.

An dieser Stelle möchte ich die Außenminister der NATO zu den Ereignissen zitieren: "Wir sind uns bewußt, daß jedes Land in Europa seine eigene Individualität hat und daß diese Vielfalt geachtet und ihr Gelegenheit zur Entfaltung gegeben werden muß. Es ist Angelegenheit eines jeden Landes in Osteuropa, seine eigenen Probleme durch innere Reformen zu lösen."

In dieser Phase des insgesamt friedlichen Wandels hallte ein Satz durch die Straßen Osteuropas: "Wir sind das Volk". Dieser Satz war unmißverständlicher Ausdruck des Strebens nach Freiheit und erwies sich als unaufhaltsame Triebfeder für Veränderungen. Innerhalb weniger Wochen haben Demokratie und Freiheit einen im großen und ganzen friedlichen Kampf gegen den Kommunismus und Stalinismus der Nachkriegszeit gewonnen.

Der kalte Krieg der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre ist praktisch vorüber. Der Westen ist als Sieger daraus hervorgegangen. Wir sollten auf diesen Sieg stolz sein. Nicht Gewalt trug den Sieg davon, sondern die Ideen. Die sich nach dem Krieg in Westeuropa als so erfolgreich erwiesenen westlichen Grundsätze erhalten jetzt ihre Chance in Osteuropa: Freiheit,

Demokratie und freie Marktwirtschaft.

Wie in dem Kommuniqué niedergelegt, müssen wir jedoch Vorsicht walten lassen. Ich zitiere: "Wir sind uns bewußt, daß sich die derzeit vollziehenden Prozesse des Wandels noch in einem frühen Stadium befinden und die erreichten Fortschritte der Konsolidierung bedürfen. Viele Probleme sind noch zu lösen."

In jüngster Zeit wurde häufig darüber diskutiert, ob der Wandel in Osteuropa unumkehrbar ist. Vor nicht allzu langer Zeit sprachen die führenden kommunistischen Ideologen Osteuropas noch über den unvermeidlichen Sieg von Sozialismus und Kommunismus weltweit. Die Völker Osteuropas haben noch einen langen und beschwerlichen Weg vor sich. Sie werden Zeit und Hilfe benötigen.

Wir befinden uns in einer Phase der Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen, in der alte Ansätze neu überdacht und neue Formen der Zusammenarbeit gefunden werden müssen. Wir im Westen brauchen diese Veränderungen nicht zu fürchten, da sie in unserem Interesse liegen. Es wird uns eine neue Chance geboten, ein früher konfliktreiches Verhältnis in Kooperation umzuwandeln. Wir sind uns einig, daß unser Ziel in der Erhaltung eines friedlichen und stabilen Europas besteht.

Ein Schlüsselement in diesem Prozeß des Wandels ist die Beziehung zwischen den beiden deutschen Staaten. Der Prozeß der Annäherung, der engeren Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten hat bereits begonnen. Aber ebenso wie die Veränderungen in Osteuropa alle Europäer und nicht zuletzt die Welt insgesamt betreffen, so geht der Prozeß des Wandels zwischen den beiden deutschen Staaten alle Europäer an und ist für sie von Interesse. Dieser Prozeß hat seinen Ursprung in der Nachkriegszeit und bildet das Kernstück der politischen Herausforderungen, mit denen Europa sich seit 1945 konfrontiert sah: Kann es tiefgreifende Veränderungen geben? Kann die Teilung Europas friedlich überwunden werden?

In Zeiten der Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen ist die deutsche Frage immer wieder in der einen oder anderen Form aufgetaucht. Es ist daher nicht verwunderlich, daß sie während der dramatischen Veränderungen der späten achtziger Jahre erneut erörtert wird. Das war auch von Mitte der

fünfziger bis Anfang der siebziger Jahre der Fall.

Die Zielsetzungen der Vereinigten Staaten bei Beendigung des Zweiten Weltkriegs unterschieden sich grundsätzlich von denen der Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten strebten ein friedliches und stabiles Europa an, das sich bei seinem Wiederaufbau auf die Stärke demokratischer Institutionen und den Gedanken nationaler Unabhängigkeit stützte. Nach einigen innenpolitischen Debatten wurde das Konzept der Bestrafung der Besiegten verworfen, wie es im Morgenthau-Plan vorgesehen war. Die Vereinigten Staaten ließen sich vielmehr auf das historische Experiment ein, Freiheit, Offenheit und Wohlstand ihrer früheren Gegner zu fördern, um einer stabilen Zukunft Gestalt zu geben.

Bereits zur Zeit der Potsdamer Konferenz im Jahre 1945 ebneten die Vereinigten Staaten den Weg zur möglichst baldigen Wiederherstellung lokaler Selbstverwaltung mit dem Ziel der allmählichen Wiedereinführung einer Regierung in Deutschland.

Die Vereinigten Staaten strebten den Wiederaufbau der Volkswirtschaften Europas und die Gründung eines offenen Welthandelssystems an. Sie schlugen einen Kurs des massiven wirtschaftlichen Wiederaufbaus für die westlichen Besatzungszonen Deutschlands und für Europa insgesamt ein. Zwischen 1946 und 1949 wurden pro Jahr über 5 Milliarden Dollar an Wirtschaftshilfe für Europa geleistet, größtenteils im Rahmen des Marshall-Plans. Der Marshall-Plan war nicht auf Westeuropa allein beschränkt, sondern wurde auch der Sowjetunion und Osteuropa angeboten. Die Sowjetunion wies dieses Angebot jedoch zurück und zwang die Staaten Osteuropas und die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands, sich entsprechend zu verhalten.

Diese von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion getroffenen Entscheidungen hatten unmittelbare und drastische Auswirkungen. Die Produktivität und Wirtschaftsleistung des Westens erlebten einen Aufschwung.

Mit der Währungsreform fing alles an.

Während die Vereinigten Staaten das Banner des Wiederaufbaus und freier Marktwirtschaften hochhielten, verlangten die Sowjets Reparationszahlungen und schrieben zentral gelenkte Wirtschaftssysteme vor, wodurch der Ostblock

nicht vom Wirtschaftsaufschwung des Westens profitieren konnte. Die enorme Kluft zwischen Ost- und Westeuropa hat sich seitdem immer mehr vergrößert. Diese Kluft wird zwischen der Bundesrepublik und der DDR besonders deutlich, wo die Deutschen auf beiden Seiten im Jahre 1945 mit den gleichen Voraussetzungen begannen.

Die Vision des Westens bestand aus einem demokratischen Deutschland mit einer dynamischen freien Wirtschaft. Innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes nach Kriegsende sind die Vereinigten Staaten und ihre westlichen Verbündeten allmählich dem Ziel nähergerückt, die westlichen Besatzungszonen Deutschlands aufzuheben.

Im Jahre 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet, gefolgt von einer Reihe von Schritten mit dem Endziel, der Bundesrepublik die volle Souveränität zurückzugeben. Diese Schritte wurden von zahlreichen Vereinbarungen und Übereinkünften begleitet, insbesondere dem Deutschlandvertrag und den Pariser Verträgen von 1955.

In Artikel 7, Absatz 2 des Deutschlandvertrags wird die Grundlage für gemeinsame Schritte zur Verwirklichung des Ziels der Einheit des deutschen Volkes dargelegt. Hier heißt es: "Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt, und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist."

Obwohl damals niemand in der Lage gewesen wäre, einen genauen Plan für die Einheit Deutschlands zu entwerfen, haben die Westmächte und die Bundesrepublik ihre Ziele klar umrissen und Prinzipien definiert, nach denen der Prozeß ablaufen sollte. Diese Ziele und Prinzipien waren Grundlage für die Deutschlandpolitik Adenauers und nachfolgender Bundesregierungen. Die Vereinigten Staaten stehen zu diesen Zielen und Prinzipien. Dem möchte ich nur hinzufügen, daß unbeirrtes Festhalten an diesen Zielen und Prinzipien - der Verankerung der Bundesrepublik im Westen - das Ziel deutscher Einheit heute in greifbarere Nähe gerückt hat als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt in den letzten vierzig Jahren.

Erlauben Sie mir, die drei Kriterien dieses Ansatzes noch einmal zu wiederholen: erstens ein Prozeß friedlichen Wandels, zweitens eine verfassungsmäßige Struktur mit verbrieftter Selbstbestimmung des deutschen Volkes und drittens Integration in die europäische Staatengemeinschaft.

Die Stärke der Staatengemeinschaft Westeuropas läßt sich nicht nur auf dynamische und anpassungsfähige Volkswirtschaften und die politische Legitimation eines jeden Staates durch frei gewählte, demokratische Regierungen zurückführen, sondern - wie ich bereits eingangs erwähnte - die Entschlossenheit und Willenskraft im NATO-Bündnis. Die NATO bietet aus der Notwendigkeit der Abwehr einer massiven Bedrohung ein Forum, in dem sich politischer Konsens bilden kann, um dieser Bedrohung der Sicherheit entgegenzutreten und westliche Grundsätze zu verteidigen.

Es sollte kein Zweifel darüber aufkommen, daß die NATO unerläßlich ist, wenn es darum geht, die Stärke und Beständigkeit westlicher Staaten zu gewährleisten. In für eine multilaterale Organisation beispiellosen eingehenden und intensiven Konsultationen konnte sich die NATO der Herausforderung für ihre Sicherheit aus dem Osten stellen. In gleicher Weise kann die NATO den Herausforderungen des Wandels in der heutigen Zeit gerecht werden, indem sie an ihrem obersten Gebot festhält, den Frieden in Europa zu bewahren. In dem Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates hieß es dazu: "Das Atlantische Bündnis bildet die wesentliche Grundlage für die Sicherheit unserer Länder. Durch die Erhaltung des Friedens während der letzten vier Jahrzehnte hat das Bündnis unseren Ländern Wohlergehen in Freiheit ermöglicht und erlaubt, daß die demokratischen Werte andere Gesellschaften inspirieren. Inmitten von Wandel und Ungewißheit bleibt das Bündnis ein verlässlicher Garant des Friedens und wird eine unverzichtbare Grundlage für Stabilität, Sicherheit und Zusammenarbeit für das Europa der Zukunft bilden."

Die Bundesrepublik ist ein wichtiger Bündnispartner. Die NATO hat als Bündnis von den Beiträgen der Bundesrepublik sowohl im sicherheitspolitischen Bereich als auch im Hinblick auf die von ihr übernommene politische Führungsrolle profitiert. Ebenso wie jedem anderen NATO-Mitglied kommt die Stärke der NATO auch der Bundesrepublik zugute. Jahrelang enthielt jedes NATO-Kommuniqué einen Passus zur Überwindung der Teilung Europas und der Teilung Deutschlands. Dies ist ein Ziel aller Bündnispartner.

Die Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands ist ebenso ein Ziel wie ein Prozeß. Als Prozeß muß sie die Anliegen aller Länder in Ost und West berücksichtigen. Der Westen befindet sich in der günstigen Situation, diesen Prozeß mit Hilfe der in der Nachkriegszeit geschaffenen Institutionen lenken zu können.

Die Europäische Gemeinschaft hat nicht nur eine entscheidende Rolle beim Aufbau einer starken Wirtschaftsgemeinschaft gespielt, sondern den politischen Grundstein für den Prozeß der europäischen Integration gelegt. 1992 wird die Europäische Gemeinschaft an einem Scheideweg stehen. Angesichts der gravierenden wirtschaftlichen Probleme Osteuropas hat die Europäische Gemeinschaft jedoch nunmehr Gelegenheit, einen Integrationsprozeß mit wahrhaft europäischem Charakter zu fördern, der sowohl West- als auch Osteuropa miteinbezieht. Die Europäische Gemeinschaft hat die ungeteilte Unterstützung der Vereinigten Staaten, die zusammen mit ihr die Herausforderungen der Zukunft bewältigen wollen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die neue Bedeutung hinweisen, die dem KSZE-Prozeß in dieser Zeit des Wandels zukommt. Seit der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki im Jahre 1975 bietet der Rahmen der KSZE eine Struktur, die nicht nur zur Respektierung der Menschenrechte in Osteuropa beigetragen hat, sondern auch die Möglichkeit für eine stärkere Ost-West-Kooperation in Handel, Wissenschaft, Technologie und Kultur bietet. Im Bereich der Sicherheitspolitik verzeichnen wir bei der Erarbeitung wirksamer vertrauensbildender Maßnahmen große Fortschritte.

Friedlicher Wandel erfordert auch einen spürbaren Abbau der Bedrohung. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion führen seit geraumer Zeit ernsthafte und schwierige Verhandlungen über die Reduzierung nuklearer Langstreckenwaffen. Darüber hinaus haben die beiden Militärbündnisse im letzten Jahr Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa aufgenommen, mit dem Ziel einer Reduzierung dieser Streitkräfte in absehbarer Zukunft. Präsident Bush hat kurz vor seinem Besuch in der Bundesrepublik im Mai vergangenen Jahres eine Reduzierung amerikanischer und sowjetischer Truppen in Europa auf jeweils 275.000 Mann vorgeschlagen.

Wir treiben diese Gespräche und Vorschläge energisch voran. Allerdings sollten wir aus den INF-Verhandlungen eine Lehre ziehen. Der Westen er-

reichte sein Ziel der vollständigen Beseitigung einer ganzen Kategorie von Nuklearwaffen durch Festhalten an seiner Position und die Beibehaltung einer starken Verteidigung. Diese Position muß auch in Zukunft gelten, wenn wir unser Ziel ausgewogener Truppenreduzierungen erreichen wollen.

Sie werden bemerkt haben, daß ich noch nicht auf Berlin eingegangen bin, aber Berlin nahm und nimmt sowohl in der deutschen Frage als auch in den Ost-West-Beziehungen eine Schlüsselstellung ein. Berlin erhielt im Vergleich zu den deutschen Besatzungszonen am Ende des Zweiten Weltkrieges einen Sonderstatus. Die westliche Position ist über vier Jahrzehnte hinweg unverändert geblieben. Berlin steht bis zu dem Tag unter der Verwaltung der vier Siegermächte, an dem es Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands wird.

Berlins Bedeutung als Symbol für die Teilung Deutschlands wurde in jüngster Zeit besonders deutlich, als am 9. November 1989 die Reisebeschränkungen aufgehoben und am 22. Dezember 1989 das Brandenburger Tor geöffnet wurden.

In der Nachkriegszeit mußte der Sonderstatus von Berlin unbedingt aufrechterhalten werden, um die deutsche Frage offen zu lassen. Sowohl die Sowjetunion als auch die DDR versuchten immer wieder, die Berliner Westsektoren zu isolieren und die Stadt wirtschaftlich zu ruinieren. Wiederum siegte westliche Beharrlichkeit.

Als die Russen im Jahre 1948 die Berlin-Blockade verhängten, antworteten die Alliierten mit der Luftbrücke. Als 1961 russische Panzer an der neu erbauten Mauer auffuhren, erklärte Präsident Kennedy: "Eines ist unmißverständlich klar: Wir werden für Berlin kämpfen." Siebenundzwanzig Jahre später stand Präsident Reagan am Brandenburger Tor und forderte: "Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder."

In dieser Zeit des Wandels bietet auch Berlin Möglichkeiten zur Überwindung der Teilung Deutschlands. Der Westen hat darauf bestanden, daß Berlin nicht zur geteilten Stadt wurde, da dies eine weitere Teilung Deutschlands bedeutet hätte. In gleichem Maße hat der Westen darauf bestanden, daß die Sowjetunion für die Stadt insgesamt verantwortlich bleibt, um sie direkt in den Prozeß der Überwindung der Teilung Mitteleuropas einzubeziehen. Sie werden wohl mit mir übereinstimmen, daß dieser Prozeß ohne Mitwirkung der

Sowjets keinen Erfolg haben kann. In Berlin bekennen sich die Alliierten zur Bundesrepublik, um die Überwindung dieser Teilung zu erzielen.

Es bleibt noch viel zu tun. Das Viermächteabkommen hat gezeigt, daß Fortschritte für die Stadt sogar bei diametral entgegengesetzten Standpunkten über ihren Status erzielt werden konnten. Im Jahre 1987 schlugen die Westmächte praktische Maßnahmen zur Verwirklichung weiterer Verbesserungen für Berlin und die Berliner vor. Erst letzten Monat stimmte die Sowjetunion der Aufnahme solcher Gespräche zu. Wir in den Vereinigten Staaten stehen zu unseren Verpflichtungen gegenüber Berlin.

In den vergangenen vierzig Jahren hat sich zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik eine enge Freundschaft entwickelt. Uns verbinden ähnliche Ziele, gleiche Werte und eine starke gemeinsame Interessenlage. Die Zukunft Deutschlands liegt in unserem beiderseitigen Interesse. Im September letzten Jahres erklärte Präsident Bush, eine eventuelle Wiedervereinigung sei eine Frage der Selbstbestimmung - eine Angelegenheit, über die die Deutschen selbst zu entscheiden hätten. Im Dezember 1989 umriß der Präsident nach einem Treffen mit NATO-Generalsekretär Wörner in Brüssel die amerikanische Haltung zur Wiedervereinigung in vier Punkten.

1. Selbstbestimmung muß ungeachtet des Ergebnisses erfolgen. Zu diesem Zeitpunkt sollten wir eine bestimmte Vorstellung weder befürworten noch ausschließen.
2. Die Wiederherstellung der Einheit sollte im Rahmen der anhaltenden Verpflichtungen Deutschlands gegenüber der NATO und einer zunehmend integrierten Europäischen Gemeinschaft und unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten der alliierten Mächte erfolgen.
3. Die Wiederherstellung der Einheit muß im Interesse der allgemeinen europäischen Stabilität friedlich und schrittweise erfolgen.
4. In der Frage der Grenzen sollten wir unsere Unterstützung für die in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Grundsätze bekräftigen.

Bei seiner Berlin-Reise im letzten Monat erläuterte Außenminister Baker das Konzept für ein neues Europa: "Der sich heute in Osteuropa vollziehende

Wandel berechtigt zu großen Hoffnungen. Ein neues Zeitalter bringt jedoch unterschiedliche Sorgen für uns alle mit sich. Einige dieser Sorgen sind so alt wie Europa selbst, andere wiederum ein neues Produkt des Wandels. Wenn der Westen das Gefüge der Zusammenarbeit aufgeben würde, das wir in 40 Jahren aufgebaut haben, würden diese Sorgen zu Problemen. Aber die von uns geschaffenen Institutionen - die NATO, die Europäische Gemeinschaft und der KSZE-Prozeß - sind lebensfähig. Auf demokratische Werte gestützt, werden sie der Macht des Volkes gerecht, die den neuen Kurs der Geschichte bestimmt. Noch wichtiger ist, daß diese Institutionen auch flexibel sind und sich rasch verändernden Gegebenheiten anpassen können. Wenn wir uns anpassen und unsere Zusammenarbeit untereinander und mit den Nationen des Ostblocks erneuern und erweitern, werden wir ein neues Europa auf der Grundlage eines neuen Atlantizismus schaffen."

Abschließend möchte ich noch einen Passus aus dem Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates zitieren, der in derselben Formulierung in der - eine Woche zuvor veröffentlichten - EG-Gipfelerklärung enthalten ist: "Wir streben die Festigung des Zustandes des Friedens in Europa an, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Dieser Prozeß muß sich auf friedliche und demokratische Weise, unter Wahrung der einschlägigen Abkommen und Verträge sowie sämtlicher in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Prinzipien im Kontext des Dialogs und der Ost-West-Zusammenarbeit vollziehen. Er muß auch in die Perspektive der europäischen Integration eingebettet werden."

Die Vereinigten Staaten unterstützen diesen Gedanken vorbehaltlos in allen Punkten. Er basiert auf einer Reihe politischer Grundwerte, die wir alle teilen und die zunehmend auch dort zu wurzeln beginnen, wo sie viele Jahre lang unterdrückt waren. Obgleich wir die vor uns liegenden Probleme nicht unterbewerten dürfen, ist die Zukunft des Westens und westlichen Gedankenguts als vielversprechend anzusehen. Wir können vertrauensvoll in diese Zukunft blicken.

Ich danke Ihnen.

DISKUSSION

Dr. Wilhelm Bruns

Vielen Dank Herr Botschafter. Sie haben zu Beginn Ihres Vortrages einen namenlosen Arzt zitiert. Erlauben Sie mir, daß ich einen großen Namen, nämlich Wilhelm Busch abwandle: "Ach, wie war es ehemals in Europa so bequem". Bequemlichkeit ist, wie wir alle wissen, keine gute politische Tugend. Bequem ist auch nicht der Weg zur deutschen Einheit. Wenn ich Sie recht verstanden habe, Herr Botschafter, nennen Sie fünf Bedingungen, die wie folgt lauten:

1. Der Weg muß von den Menschen in der DDR und in der Bundesrepublik gewollt sein.
2. Es muß ein Weg sein, der bei unseren Nachbarn kein Mißtrauen auslöst.
3. Ein Weg, der von den drei Westalliierten und der Sowjetunion gemeinsam beschritten wird.
4. Dieser Weg kann sich nicht im deutsch-deutschen Bilateralismus erschöpfen, sondern muß ein europäischer sein.
5. Wie auch immer das Deutschland in den Jahren 1990 und folgende aussehen mag, es darf kein neutrales Deutschland sein. So habe ich Sie jedenfalls verstanden.

Meine Damen und Herren, nach diesem interessanten Vortrag freue ich mich auf eine ergiebige Aussprache. Zwei Wünsche habe ich, zwei Bitten an Sie: 1. kurze Beiträge und 2. bei den Wortmeldungen, die von ganz hinten kommen, bitte ich doch, mir einen Zettel nach vorne weiterzuleiten, damit ich auch Ihre Wortmeldung in fairer Weise berücksichtigen kann.

Es gibt die ersten Wortmeldungen.

Prof. Dr. Eberhard Schulz

Herr Botschafter, ich möchte zwei Fragen stellen.

Meine erste Frage greift eine Frage auf, die Herr Börner Ihnen am Anfang gestellt hat und die Herr Bruns auch aufgegriffen hat. Ein vereintes Deutschland müßte wegen des großen Interesses aller Nachbarn an der Zukunft Deutschlands der Europäischen Gemeinschaft und der NATO angehören. Ich halte diese Vorstellung für richtig und für notwendig. Aber das bedeutet, daß die NATO eine völlig andere Struktur und völlig andere Aufgaben haben müßte als bisher. Denn sonst geschähe das, was Sie in Ihrem Bild von der Nierenoperation dargestellt haben. Die DDR würde als zweite Niere herausgenommen, nachdem die andere schon weg ist, und sie würde dem Gegner implantiert. Das ist sicher eine Vorstellung, die für die Sowjetunion wenig attraktiv sein kann. Ich könnte mir dagegen durchaus vorstellen, daß die NATO ihre Struktur zu einem Bündnis wandelt, das eine politische Ordnungsfunktion in Europa - und zwar nicht nur in Westeuropa - übernehmen würde und in eine ähnliche Richtung ginge wie der KSZE-Prozeß. Denn, daß die Sowjetunion keine militärische Gefahr mehr darstellen kann, das sieht jeder, der sich ansieht, was zur Zeit in der Sowjetunion vorgeht. Also, die Frage ist, sind Sie damit einverstanden, daß die NATO ihre Struktur entsprechend ändert? Wären Sie das nämlich nicht, würden Ihre Ausführungen auf eine Ablehnung der Einheit Deutschlands hinauslaufen.

Die zweite Frage. Sie sagen, der Prozeß darf die Stabilität Europas nicht gefährden. Was geschieht denn, wenn sich die Einheit spontan vollzieht? Das, was in den letzten Monaten in Osteuropa und auch in der DDR vor sich gegangen ist, war nicht von oben gelenkt, war nicht eine Sache, die von den vier Mächten gesteuert wurde, sondern war ein spontaner Prozeß, der von unten kam. Es ist durchaus vorstellbar, daß das in den nächsten Monaten weitergeht und zu einer Art De facto-Vereinigung führt, die auf keinen internationalen Vereinbarungen geruht. Wie würden sich die USA in einem solchen Fall verhalten?

Botschafter Walters

Auf die erste Frage muß ich sagen, daß die NATO vielleicht ihre Struktur verändern muß. Aber wir sind ein bißchen wie eine Fußballmannschaft, die

zur Halbzeit 8 : 0 führt. Müssen wir wirklich alles verändern? Ich glaube, daß wir unseren Erfolg fortführen müssen. Seit 40 Jahren haben wir alles in der NATO einstimmig getan, und es ist eines der Wunder unserer Zeit, daß 16 Nationen mit verschiedenen Interessen alles, was nötig war, in Einstimmigkeit getan haben. Man sieht die NATO häufig nur als ein erfolgreiches Militärbündnis. Das ist falsch. Wir haben viele politische Konsultationen im Rahmen der NATO gehabt. Ich bin ein alter Soldat. Wir haben immer mehr politisch als militärisch in der NATO gedacht und entschieden. Also: Änderungen ja, aber umkehren nicht.

Über die Wiedervereinigung Deutschlands, wenn sie von unten kommt. Ich glaube - vielleicht bin ich der einzige -, daß sich Gorbatschow eines Tages wie de Gaulle verhalten wird. De Gaulle, der einmal ein großer Verteidiger des französischen Kaiserreiches war, war zu der Überzeugung gekommen, daß es für Frankreich besser wäre, ein kompaktes, starkes und mit besserer Technologie ausgestattetes Frankreich zu sein, als den Ruhm eines Kolonialreiches zu haben. Schließlich hat er aus fast allen ehemaligen französischen Kolonien seine Truppen zurückgezogen.

Ich glaube, daß Herr Gorbatschow schließlich aus demselben Grund die sowjetischen Streitkräfte, die in der DDR stationiert sind, zurückziehen wird. Denn wie wichtig ist ein DDR-Glaxis, wenn das polnische Glaxis schon verloren ist? Das wäre eine Insel, weit entfernt von der sowjetischen Grenze. Gorbatschow ist ein sehr intelligenter, sehr vernünftiger Mann, der bessere Technologien für sein Land möchte, damit die Leute besser leben können.

Im August letzten Jahres wollte ich von Moskau nach Kiew reisen. Ich wollte bei Tage mit dem Zug fahren, um etwas zu sehen. Man sagte mir, es gäbe keine Tageszüge. Aber im August um sechs Uhr morgens war es schon hell. Und ich stand drei Stunden am Fenster, bis wir in Kiew ankamen. Und ich dachte daran, daß Helmut Schmidt gesagt hat, die UdSSR sei ein Obervolta mit Raketen. Und wenn man die ukrainischen Dörfer sieht, die nach dem Krieg wieder aufgebaut worden sind, ist es unmöglich, daß Herr Gorbatschow nicht daran denkt.

Die Kosten ihrer Divisionen in der DDR sind für die Sowjetunion zu hoch. Wir wissen es. Die amerikanischen Truppen, die hier sind, kosten uns jährlich 90 Milliarden Dollar. Das ist dreimal so viel wie der Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums.

Die Bundesrepublik hat ein Beispiel von 40 Jahren tadelloser Demokratie gegeben. Gorbatschow weiß, daß es in Wirklichkeit keinen deutschen Revanchismus gibt. Ich bin Optimist, natürlich. Ich glaube, früher als man denkt wird es eine sowjetische Zustimmung geben. Sowjetische Divisionen stehen in der DDR. Die Wiedervereinigung kann daher nur mit sowjetischer Zustimmung erfolgen. Was wir tun müssen ist, von der Sowjetunion diese Zustimmung zu bekommen. Am Ende werden die Sowjets das Ergebnis freier Wahlen respektieren müssen.

Thomas Kielinger

Herr Botschafter, in den Tagen um Weihnachten, als die Situation in Rumänien sehr gefährlich aussah, gingen Außenminister Baker und in Europa, glaube ich, der französische Außenminister mit einigen erstaunlichen Bemerkungen an die Öffentlichkeit, die so klangen, als würde man es gerne sehen, wenn die Rote Armee dort intervenierte, um den Frieden, vielleicht auch die Demokratie, zu retten. Muß man daraus folgern, daß in Washington eine neue Definition der sowjetischen Bedrohung vorliegt, dergestalt, daß sich die Russen soweit gewandelt haben, daß man sie heute auf Seiten der Demokratie zur Intervention einladen darf? Und folgt daraus nicht, daß es sehr schwer sein wird, die sowjetische Bedrohung als Theorie aufrecht zu erhalten?

Kommt - dies meine Frage - deshalb nicht Professor Schulz zu seinem Recht mit der Bemerkung, daß man doch die NATO und die Sicherheitsstrukturen in Europa dramatisch verändern muß, wenn westliche verantwortliche Politiker es bereits für möglich halten, daß die sowjetische Armee zehn Jahre nach der Invasion Afghanistans nun für friedliche und demokratische Zwecke zur Intervention aufgefordert wird? Folgt daraus nicht, daß sich in der Tat neue Sicherheitsstrukturen in Europa herausbilden müssen?

Botschafter Walters

Wir brauchen keine neue Strukturen. Die Worte von Außenminister Baker sind in einer erregten Atmosphäre gefallen. Als das State Department gefragt wurde, hat man geantwortet: "The Secretary's words speak for themselves!"

Eckhard Stratmann (MdB)

Herr Botschafter, ich möchte die Frage meines Vorfragers etwas zuspitzen. Ungefähr vor einem halben Jahr war der Presse zu entnehmen, daß Schewardnadse im Auftrag von Gorbatschow die USA aufgefordert hat, in konkrete Verhandlungen zur Auflösung der Militärblöcke einzutreten. Auf dem Hintergrund dessen, was mein Vorfrager gesagt hat, ist das ja durchaus eine realistische und konsequente Perspektive, zumindest aus der Sicht der Sowjetunion und sicherlich auch der anderen Warschauer Pakt-Mitgliedsstaaten. Deswegen frage ich mich, ob es nicht im Interesse einer neuen gesamteuropäischen Friedensordnung, die auch die Sicherheitsinteressen der USA berücksichtigen muß, wesentlich sinnvoller ist, auf Demonstrationen des Erfolgs, wofür Sie plädiert haben, zu verzichten. Der Westen hat einen Sieg errungen, wir sollten Stolz darauf sein, haben Sie gesagt. Ist es nicht im Interesse des Aufbruchs zu einer neuen gesamteuropäischen, auch atlantischen und die Sowjetunion einbeziehenden Friedensordnung viel besser, auf Siegesposen zu verzichten? Auch seitens der NATO in konkrete Verhandlungen einzutreten, die Blöcke aufzulösen? Also auch die NATO aufzulösen, schrittweise, prozeßweise, also nicht in 1990 oder 1991? Und ich frage Sie, ob nicht, um solche Verhandlungen zur Auflösung der Blöcke einzuleiten, der Vorschlag von Gorbatschow und auch von Mitterrand sinnvoll ist, noch in 1990 eine Helsinki-II-Konferenz einzuberufen, die sicherlich jahrelang dauern würde, wenn sie die Aufgabe hat, eine neue gesamteuropäische Friedensordnung zu entwickeln? Ich kann mir vorstellen, daß, wenn der Prozeß in der Sowjetunion nicht militärisch gestoppt oder rückgängig gemacht und Gorbatschow gestürzt wird, daß es eine realistische Perspektive sein kann, noch in diesem Jahrzehnt, also bis zur Jahrtausendwende, beide Blöcke aufzulösen in einer neuen gesamteuropäischen Friedensordnung. In zehn Jahren, also in einem solchen mittelfristigen Prozeß ist so etwas möglich und denkbar. Also, ich wäre interessiert, eine konkrete Antwort auch zu hören, soweit Sie sie konkret geben können, wie Sie zu dem Helsinki-II-Vorschlag stehen.

Zweiter Komplex, der damit natürlich zusammenhängt. Sie haben den Präsidenten Bush zitiert mit seinem Vorschlag, daß die Sowjetunion und die USA ihre Truppen in Europa auf je 275.000 reduzieren. Als ein erster Schritt in diese Richtung - ich erinnere an den "Gysi-Vorschlag" vor wenigen Tagen -, als ein erster Schritt ist das sicherlich sinnvoll. Aber mittelfristig muß eine gesamteuropäische Friedensforderung auch lauten: Abzug aller fremdstatio-

nierten Truppen aus Europa. Das gilt sowohl für die sowjetischen - also Rückzug auf das sowjetische Territorium - als auch für die US-Truppen.

Und ein dritter Aspekt, den ich nicht diskutiert wissen möchte, der mir aber einfällt, weil wir gestern eine Bundestagsdebatte zu dem Thema hatten. Sie fordern mit Recht, daß die Sowjetunion auch unter Friedensgesichtspunkten ihr DDR-Glaxis aufgeben müßte. Wenn von der Aufgabe von Glaxis die Rede ist, von Ihnen als US-Botschafter, gehört dazu aber auch, daß die USA im latein- und mittelamerikanischen Bereich politische und militärische Glaxis aufgeben. Ich erinnere an die Panama-Invasion, die gestern übereinstimmend bei der Bundestagsdebatte zu diesem Thema von den Sozialdemokraten und den Grünen abgelehnt worden ist. Ich denke, das erfordert die Glaubwürdigkeit.

Botschafter Walters

Das war eine sehr lange Frage. Ich werde etwas kürzer antworten.

Wenn man von "Blöcken" spricht, gibt es einen fundamentalen Unterschied. In die NATO sind alle freiwillig eingetreten, in den Warschauer Pakt ist nur ein Land freiwillig eingetreten. Und ich lehne jeden Vergleich oder moralische Äquivalenz zwischen den beiden ab. Ich kann das persönlich nicht akzeptieren. Eines Tages kommt es vielleicht zur Auflösung der Blöcke. Aber die NATO ist vielmehr; sie ist eine Gemeinschaft von Nationen mit gleichen Werten: Demokratie und Freiheit.

Präsident Bush hat vorgeschlagen, daß die USA und die UdSSR ihre Truppen bis auf 275.000 verringern sollen. Das erfordert viel größere Reduzierungen auf sowjetischer Seite, da sie erheblich mehr Soldaten haben als wir. Ein anderes Beispiel. Wir haben mit Deutschland z.B. ein Handelsdefizit von 9 Milliarden Dollar. Letztes Jahr haben amerikanische Soldaten 9 Milliarden Dollar in D-Mark getauscht. Unsere Präsenz in Europa ist für uns kein Glaxis. Es ist für uns ein sehr großes Opfer. In Japan und Korea kosten uns unsere Streitkräfte 60 Milliarden Dollar.

Zu Panama. Noriega war Chef des Verteidigungsministeriums, als wir das Abkommen mit Panama unterschrieben haben, demzufolge der Kanal im Jahre 2000 in die Hoheit Panamas übergehen wird. Aber nach diesem Abkommen dürfen wir

dort Truppen haben. Und ich muß Ihnen zwei sehr wichtige Punkte sagen. Noriega ist ein Drogenhändler, und er hat uns drei Tage vor unserer Intervention den Krieg erklärt. Panama wird eine Demokratie sein, und ein Drogenhändler muß seinen Prozeß bekommen. Wir haben das nicht allein für uns getan, denn Drogen bleiben nicht allein in den Vereinigten Staaten, sondern gehen auch nach Europa und Asien. Ich erinnere mich, als wir Libyen bombardiert haben, haben alle Araber im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen uns verurteilt. Aber eine halbe Stunde danach waren beinahe alle in meinem Büro und sagten mir: "Sie müssen das verstehen, arabische Solidarität" usw. Wir sind dafür verurteilt worden, aber seit langer Zeit hat Ghadafi keine Terrorangriffe mehr unternommen. Wir hatten nur eine Kolonie, das waren die Philippinen, die kurz vor dem Zweiten Weltkrieg unabhängig geworden sind. Wir haben kein Interesse in Panama. Panama hat uns viel Geld gekostet. Und wer wird jetzt für Panamas Wiederaufbau zahlen? Die "schlechten" Vereinigten Staaten von Amerika. Und wer wird davon profitieren? Alle, die gegen Drogen sind.

Dr. Waldemar Ritter

Ich habe nur eine einfache Frage. Herr Botschafter, Sie haben die besonderen Verantwortlichkeiten der Alliierten für Berlin hervorgehoben, und Sie hatten ja auch ein Gespräch jetzt vor vier Wochen. Meine Frage ist, können oder wollen Sie uns heute über konkrete Inhalte und Ziele etwas sagen, wenn - wie ich annehme - diese Gespräche fortgeführt werden?

Botschafter Walters

Ich habe es öffentlich vorher gesagt, daß wir in diesem Gespräch in Berlin nur über die Berliner Initiative sprechen würden, also z.B. über Verbesserungen im Flugverkehr, im Messebereich usw. Andere wollten auch über etwas anderes sprechen. Wir haben nur gesagt, daß wir unsere Regierung davon unterrichten würden. Wir haben in diesem Gespräch nur über Berlin gesprochen.

Zwischenruf: Werden diese Gespräche fortgesetzt?

Botschafter Walters

Das hängt von allen drei Regierungen ab. Die Russen wollen es. Wir haben dazu noch keine Position. Über die Berliner Initiative sind wir immer bereit zu sprechen. Damit haben wir keine Schwierigkeiten. Aber etwas anderes: das muß geprüft werden.

Dr. Wilhelm Bruns

Vielleicht noch eine Ergänzung dazu. Herr Botschafter, Sie wissen, in Berlin wird diskutiert und auch gefordert, daß die West-Berliner zum erstenmal an der Bundestagswahl in diesem Jahr teilnehmen. Wie ist Ihre Position dazu?

Botschafter Walters

Ich habe dazu noch keine Weisung meiner Regierung erhalten. Ich habe eine eigene Position, aber ich kann sie nicht sagen.

Klaus Kleebaum

Herr Botschafter, Sie haben zum Ausdruck gebracht, zumindest habe ich Sie so verstanden, daß ein wiedervereinigtes oder ein neuvereinigtes Deutschland Mitglied der NATO sein müßte. Was bringt Sie zu der Annahme, daß eine solche Mitgliedschaft von der Sowjetunion akzeptiert werden könnte? Ich stelle mir in diesem Zusammenhang vor, daß es ja einen Punkt gibt, der in der Diskussion bisher immer besonders herausgestrichen worden ist, nämlich der, daß die Mitglieder des Warschauer Pakts im Rahmen seines Umbaus praktisch alles machen könnten, nur nicht aus dem Warschauer Pakt austreten. Da gibt es doch einen breiten Widerspruch zwischen diesen Vorstellungen und dieser Prämisse. Also, Ihre Vorstellungen zur Mitgliedschaft in der NATO und zu dieser Prämisse.

Botschafter Walters

In der NATO sind alle freiwillig. Wenn ein Staat austreten will, kann er das tun. Was wir sagen ist, daß unser Kongreß nicht bereit ist, die enormen Kosten unserer Streitkräfte in Europa zu tragen, wenn es nicht eine Schirmorganisation wie die NATO gibt. Viele Leute wissen nicht, wie teuer uns die NATO kommt. Unser Verteidigungshaushalt ist über 300 Milliarden Dollar. Wir sind der zehntgrößte Arbeitgeber in Deutschland; in Rheinland-Pfalz sind wir der drittgrößte.

Dr. Günter Wetzel, Staatssekretär a.D.

Herr Botschafter, nur eine kleine Antwort auf das, was Sie sagten zur Freiwilligkeit in der NATO. Wir wissen natürlich, daß das Aufenthaltsrecht der Streitkräfte der ehemaligen Siegermächte und der anderen in der Bundesrepublik unkündbar ist. Das sollte man dabei immer sehen.

Erlauben Sie mir bitte, daß ich noch einmal zu sprechen komme auf den Punkt Wiederherstellung Deutschlands im Rahmen der NATO. Ich halte das, und Herr Börner hat damit eingeleitet, für eine Kernfrage. Ich möchte mich zunächst einmal dagegen wenden, daß einige unserer Freunde sagen: "Wir sind für das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes." Und dann kommt ein Komma: Aber. Und dann werden Bedingungen gesetzt, bei denen man sich fragen muß, wie sieht es denn mit dem Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes tatsächlich aus?

Hier möchte ich anmerken, daß man natürlich bei jedem Freiheitsrecht auf die Interessen anderer Rücksicht zu nehmen hat. Aber für das Selbstbestimmungsrecht, so wie es im Artikel 1 des internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte nunmehr völkerrechtlich wirksam festgelegt ist, gibt es keine Bedingung, und man sollte sich daher jede Voraussetzung, die aufgestellt wird, sehr genau überlegen.

Wenn nun also gesagt wird, die Wiederherstellung Deutschlands im Rahmen der NATO, so könnte das eine Bedingung sein, die sich mit dem Selbstbestimmungsrecht überhaupt nicht verträgt. Was würde das bedeuten? Das würde doch bedeuten, daß die DDR in die NATO entlassen wird. Das wäre die Grundbedingung dafür, daß die sowjetischen Truppen, die 370.000 Mann, abrücken müs-

sen, daß aber die amerikanischen Streitkräfte beispielsweise in der Bundesrepublik blieben. Würde das für die Sowjetunion überhaupt tragfähig sein können? Oder muß nicht der Weg ein ganz anderer sein, nämlich daß die Bündnisse auf beiden Seiten, ohne daß einer in das andere entlassen wird oder übertritt, daß die Bündnisse auf beiden Seiten sich so ändern, daß die Präsenz fremder Truppen ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende nicht mehr notwendig ist und sich ein völlig anderes sicherheitspolitisches Konzept ergibt?

Dr. Wilhelm Bruns

Gibt es zu diesem Komplex "NATO und deutsche Einheit" noch weitere Fragen?

Dr. Gerhard Pfeiffer, Botschafter a.D.

Herr Botschafter, zur Frage vereinigtes Deutschland und NATO. Ich persönlich halte die Frage für nicht so relevant. Es wäre, wenn man schon davon spricht, Blöcke aufzulösen, auch sehr wichtig zu sehen, was auf der östlichen Seite bleibt. Sie wissen, daß der Osten ein System bilateraler Beistandsverträge hat, die bei einem Verzicht auf den Warschauer Pakt überhaupt nicht betroffen wären. Wir verdanken in diesem Lande der NATO unsere Selbständigkeit bis zum heutigen Tage. Wir sollten also nicht auf die Versuchung hereinfliegen, NATO gegen Warschauer Pakt auszutauschen. Das, Sie haben es selbst gesagt, Herr Botschafter, ist überhaupt nicht vergleichbar.

Der Präsident der Europäischen Kommission, Herr Delors, hat vorgeschlagen, man könne die DDR in die EG aufnehmen. Das wäre ein Beitrag zur Erleichterung des Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten.

Meine Frage an Sie, Herr Botschafter: Würden Sie darin - in der Aufnahme der DDR in die Europäische Gemeinschaft, und zwar sehr bald - einen Beitrag sehen, den Prozeß zur Demokratisierung der DDR unumkehrbar zu machen? Es ist ja unsere Sorge, Herr Botschafter, daß durch irgendwelche Veränderungen im östlichen Bereich die Prozesse zum Stoppen gebracht werden. Unser Interesse muß es natürlich sein - soweit wir es beeinflussen können -, die Unumkehrbarkeit der eingetretenen Liberalisierungsprozesse zu erreichen.

Glauben Sie, Herr Botschafter, daß die Aufnahme der DDR in die EG zum jetzigen Zeitpunkt ein Beitrag wäre, um die Unumkehrbarkeit festzuschreiben?

Peter Streichan

Ich habe eine ganz kurze Frage an Herrn Walters. Aber vorher eine Anmerkung an Herrn Stratmann, weil in seinen Ausführungen eigentlich diese etwas arrogant Hegelsche deutsche Art der Betrachtung der Geschichte zum Durchbruch gekommen ist. Wenn Sie die NATO weghaben wollen, dann kriegen Sie sie nicht durch Verhandlungen weg, denn in erster Linie werden das die Beamten machen. Ich bin selber einer, deswegen sage ich Ihnen, dann gibt es noch die NATO im Jahre 3000. Wenn Sie die NATO weg haben wollen, lassen Sie einfach der Geschichte Ihren Lauf, dann ist sie in zehn Jahren wahrscheinlich verschwunden.

Zweiter Punkt zu Ihrer Einlassung bezüglich der US-Aktivitäten in Mittelamerika. Ich habe meinen Jahresurlaub über Weihnachten und Neujahr in den USA verbracht und in Miami Freudenfeste erlebt, daß die Amerikaner endlich gegen Noriega etwas unternommen haben. Und große Schilder, große Plakate "El proximo Castro", der nächste ist Castro. Also, das zu der Situation in den USA selber.

Frage jetzt aber an Herrn Walters: Könnten Sie sich vorstellen, daß deswegen ein Teil Ihrer Truppen hierbleibt, damit sie einmal gemeinsam auf Bitten der Sowjets mit russischen Truppen gegen die Muslime in der Sowjetunion kämpfen, in 5 oder 8 Jahren?

Dr. Pflaumer

Zur Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO. Herr Botschafter, könnten Sie sich einen Kompromiß in der Weise vorstellen, daß ein vereintes Deutschland einen Status in der NATO eingeht, vergleichbar Frankreich oder Spanien, d.h. Mitglied der politischen Integration, Nichtmitglied der militärischen Integration mit der Folge, daß dann natürlich Truppen der Bündnispartner auf deutschem Boden nicht mehr vertreten sein können? Könnte das ein denkbarer Ausweg sein?

Botschafter Walters

Alles ist denkbar. Erstens kann ich nur sagen, daß es noch keinen Friedensvertrag mit Deutschland gibt. Aber ich glaube, sobald ein vereinigtes Deutschland in Frieden und durch freie Wahlen erreicht sein wird, wird es einen Friedensvertrag geben, und dann wird Deutschland völlig souverän sein.

Aber es gibt einen Unterschied. Wir haben nicht irgendwo 300.000 Soldaten stationiert. Das ist unser Beitrag zur westlichen Solidarität. Er hat 44 Jahre lang Erfolg gehabt. Wir haben nicht einen Quadratzentimeter eines europäischen Landes verloren. Wir haben keine Bürger in Unterdrückung gehalten.

"Glasnost" ist nicht vom Himmel gefallen. Sie waren dazu gezwungen, weil die Lage zu schwierig und zu teuer geworden war.

Was eine Mitgliedschaft der DDR in der Europäischen Gemeinschaft angeht, das müssen die Europäer beantworten. Aber viele Europäer, viele von Ihren europäischen Freunden und Nachbarn, sagen mir: "Die DDR ist das heimliche 13. Mitglied der Europäischen Gemeinschaft". Aber das müssen die Europäer entscheiden. Wir haben nicht zu sagen, wer Mitglied der Europäischen Gemeinschaft ist. Irland ist z.B. Nichtmitglied der NATO, aber Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Wir haben nichts dagegen.

Meine Antworten sind nicht so lang wie die Fragen. Aber das verstehe ich.

Dr. Wilhelm Bruns

Vielen Dank Herr Botschafter. Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum Ende. Ich finde, wir haben heute morgen wieder eine Menge Anregungen bekommen zum vertieften Nachdenken über unsere Lage. Wie Sie wissen, bemüht sich die Friedrich-Ebert-Stiftung seit einiger Zeit, auch wissenschaftlich dazu Antworten zu formulieren, und es sind heute morgen zentrale Fragen angesprochen worden, auf die Antworten gefunden werden müssen.

Ich nenne einmal drei Fragen, an denen wir arbeiten: Wie läßt sich das, was zwischen den beiden Teilen Deutschlands zusammengehört, so organisieren,

daß es in die europäische Entwicklung eingebettet ist? Eine ganz zentrale Frage. Eine zweite Frage ist das, was wir inzwischen unter dem Arbeitsbegriff Konföderation diskutieren. Wie läßt sich diese definieren? Wir müssen offenbar eine zeitgemäße Definition finden, und zwar unter Berücksichtigung der Bündniszugehörigkeit und der legitimen Interessen unserer Nachbarn und Bündnispartner. Und schließlich: Wenn es richtig ist - und darüber gibt es ja Expertenkonsens -, daß die Nachkriegszeit in Europa zu Ende geht, dann muß darüber nachgedacht werden, wie dieses Ende sowohl politisch wie auch rechtlich seinen Ausdruck findet, und dann stellt sich die Frage, ob etwa ein Friedensvertrag für Deutschland die geeignete Form oder der geeignete Weg wäre, um die deutsche Frage zu lösen. Einige der Fragen, mit denen wir uns befassen, und die allermeisten von Ihnen wissen das (Herr Bell lacht schon und freut sich auf das nächste Papier).

Herr Botschafter, ich möchte mich recht herzlich bedanken für das, was Sie gesagt haben. Wenn ich noch folgendes hinzufügen darf. Wir haben in unserer Veranstaltungsreihe drei Vorträge gehört, den des britischen Botschafters, den des französischen Botschafters und heute den des Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika. Diejenigen, die alle drei mitverfolgt haben, werden bestätigen können, wenn ich sage: eine aufrichtigere Unterstützung als Sie uns heute morgen gegeben haben, Herr Botschafter, haben wir von den beiden anderen nicht gehört.

Vielen Dank.

Frankfurter Allgemeine
Zeitung vom 19.1.1990

Frankfurter Rundschau
vom 19.1.1990

„Anliegen aller Länder berücksichtigen“

F.A.Z. FRANKFURT, 18. Januar. Die Überwindung der Teilung Deutschlands ist nach den Worten des amerikanischen Botschafters in Bonn, Walters, unverändert das Ziel der Vereinigten Staaten und aller anderen Bündnispartner der Bundesrepublik Deutschland in der Nato. Der Weg der Wiedervereinigung müsse allerdings die „Anliegen aller Länder in Ost und West“ berücksichtigen, sagte Walters am Donnerstag in Bonn. Nach Walters' Ansicht ist das Ziel der deutschen Einheit gegenwärtig „in greifbarere Nähe gerückt als zu irgendeinem Zeitpunkt in den letzten vierzig Jahren“. Berlin wird nach den Worten des Diplomaten bis zu dem Tag unter der Verwaltung der vier Siegermächte stehen, an dem es Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands sei.

Der Kalte Krieg sei durch die Umwälzungen in Osteuropa praktisch vorüber. „Der Westen ist als Sieger hervorgegangen. Wir sollten auf diesen Sieg stolz sein“, sagte Walters. Dennoch dürfe kein Zweifel darüber aufkommen, daß die Nato weiter unerlässlich sei, wenn es darum gehe, die Stärke und Beständigkeit westlicher Staaten sicherzustellen. Die Bundesrepublik sei ein wichtiger Bündnispartner.

In Washington warnte der frühere amerikanische Diplomat George Kennan vor Gewalttätigkeiten in der DDR. Die Vier Mächte sollten notfalls bereit sein, einzuschreiten. Die Lage in der DDR sei „heikel“ und gefährlich, sagte Kennan vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats. Es sei nicht auszuschließen, daß bei einer Fortsetzung der Unruhen die DDR „effektiv keine Regierung“ mehr habe. In einer solchen Situation könnten dann die Vier Mächte die öffentliche Ordnung in der DDR wiederherstellen.

Ungarns Staatsminister Pozsgay sieht eine künftige deutsche Einheit als „unvermeidbar“ an. Aus Sicht seines Landes bedeute sie nicht nur „keine Gefahr“, sondern „mehr noch – eine neue europäische Möglichkeit“, sagte der Reformpolitiker in Budapest im Gespräch mit dem CDU-Fraktionschef im Stuttgarter Landtag, Teufel.

„Vereinigtes Deutschland muß Mitglied der NATO sein“

BONN, 18. Januar (AP). Die USA machen die Zustimmung zu einer Vereinigung beider deutscher Staaten von der Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands im westlichen Verteidigungsbündnis NATO abhängig. Daran hat US-Botschafter Vernon Walters am Donnerstag in der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD keinen Zweifel gelassen.

Es sollte kein Zweifel darüber aufkommen, daß die NATO unerlässlich sei, wenn es darum gehe, die Stärke und Beständigkeit westlicher Staaten zu gewährleisten, betonte Walters. Die Bundesrepublik sei ein wichtiger Bündnispartner. Von ihren Beiträgen im sicherheitspolitischen Bereich wie auch im Hinblick auf die von ihr übernommene politische Führungsrolle habe das Bündnis profitiert. Ebenso wie jedem anderen NATO-Mitglied komme die Stärke des Bündnisses auch der Bundesrepublik zugute.

US-Botschafter Walters: Einheit der Deutschen nur in der NATO

Die Rahmenbedingungen der Deutschland-Politik aus amerikanischer Sicht – Berlin-Status bleibt vorerst unantastbar

Von unserem Korrespondenten
Wolf J. Bell

Bonn. „Alles ist möglich, wenn aus der Sowjetunion eine Demokratie wird,“ sagte US-Botschafter Walters gestern auf die Frage, ob er eines Tages einen gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Truppeneinsatz bei friedenssichernden Aktionen in Europa für denkbar halte.

Bis dahin aber behält für ihn die NATO ihre Bedeutung. Walters erläuterte in einer Veranstaltung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung die US-Position zur Frage der Einheit Deutschlands. Deutlicher als in früheren Verhandlungen sein britischer und französischer Kollege unterstützte er dieses Ziel. Doch machte auch er, im Sinne früherer Erklärungen Präsident Bushs und Außenmini-

ster Bakers, Bedingungen geltend. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- ◇ Die Deutschen sollen selbst über ihre Zukunft entscheiden, doch bleibt die Form, in der sie ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben werden, vorerst offen.
- ◇ Die Einheit ist nur im Rahmen der Verpflichtungen der Bundesrepublik in NATO und EG sowie unter Beachtung der Rechte aller vier Siegermächte erreichbar.
- ◇ Sie kann im Interesse der Stabilität in Europa nur friedlich, schrittweise und im Kontext gesamt-europäischer Zusammenarbeit hergestellt werden.
- ◇ Dabei müssen alle einschlägigen Abkommen und Verträge sowie alle Prinzipien der KSZE-Schlussakte von Helsinki gewahrt werden (einschließlich freilich des Grundsatzes, daß Grenzänderungen durch friedliche Vereinbarungen möglich sind).

Auf einen Punkt legte Walters besonderen Wert: Auch ein vereinigtes Deutschland müsse Mitglied der NATO sein. Das war von offizieller amerikanischer Seite bisher so klar

nicht ausgesprochen worden. Die Schlussfolgerung lag nahe, daß – ohne sowjetische Zustimmung – eine schnelle Lösung des Problems nicht in Sicht sei. Ein Teilnehmer: Ob denn – angesichts der ausdrücklichen Billigung eines eventuellen Eingreifens der Sowjetarmee während des Umsturzes in Rumänien durch die Außenminister Frankreichs und der USA – künftig nicht auch andere Sicherheitsstrukturen denkbar seien? Aber Walters, nicht eben diplomatisch: Von dieser Frage sei sein Chef damals wohl „etwas über rascht“ worden.

Der „neue Atlantizismus“, den Außenminister Baker kürzlich in Berlin verkündet hatte, lag auch dem Botschafter am Herzen. Es geht um engere Verbindungen zwischen den USA und der EG, letztlich um eine gesicherte Mitwirkung Washingtons an europäischen Entscheidungssprozessen. Die USA räumen dabei dem bewährten NATO-Instrumentarium den Vorrang ein. Nicht zuletzt darin liegt für sie die künftige Bedeutung des Bündnisses. Die

gemeinsame Willensbildung der EG-Partner in deren Politischer Zusammenarbeit (EPZ) wird wohl eher als störend empfunden. Ob wohl längst ein fester Bestandteil der EG-Struktur, spielt sie in amerikanischen Konzepten bisher keine Rolle.

Ein drittes Thema: Berlin. Zur Frage der direkten Wahl der Berliner Bundestagsabgeordneten, vielleicht schon bei der nächsten Parlamentswahl im Dezember, wollte Walters sich noch nicht äußern. Aber sehr klar bekundete er, daß Status-Gespräche für die Westmächte nicht in Betracht kommen. Wohl könne man gemeinsam über Verbesserungen der Berliner Infrastruktur und seine Rolle als Tagungs- und Konferenzort im Sinne entsprechender westlicher Vorschläge nachdenken. Hier sei Moskau am Zug. Berlin biete ja manche Möglichkeit, zur Überwindung der Teilung beizutragen, dank der Vier-Mächte-Verantwortung. Und die werde erst an dem Tag enden, an dem die Stadt wieder Hauptstadt eines vereinigten Deutschland sei.

General-Anzeiger,
Bonn vom 19.1.1990

Süddeutsche Zeitung vom 19.1.1990

US-Botschafter in Bonn stellt klar:

Vereintes Deutschland nur innerhalb der NATO

Walters nennt Stabilität als Voraussetzung für weitere Entwicklung hin zur Einheit

ub. Bonn (Eigener Bericht) – Die USA wollen sich ein „wiedervereinigtes Deutschland“ nur als Mitglied der NATO und der Europäischen Gemeinschaft vorstellen. Dies bekräftigte der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik, Vernon Walters, am Donnerstag in Bonn. In einem Vortrag über den Standpunkt Washingtons zur europäischen Sicherheit und zur deutschen Frage sagte Walters vor der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, eine weitere Bedingung sei, daß der Prozeß zur „deutschen Einheit“ in Stabilität verlaufe, was nichts anderes bedeute, als daß die Sowjetunion ihm zustimme.

Zu Berlin erklärte der amerikanische Botschafter, die westliche Position sei über vier Jahrzehnte hinweg unverändert geblieben: „Berlin steht unter der Verwaltung der vier Siegermächte bis zu dem Tag, an dem es Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands wird.“ Auf eine Frage zum direkten Wahlrecht der Berliner für den Bundestag Ende des Jahres sagte Walters, er habe zwar eine persönliche Position, aber keine Weisung aus Washington, und deshalb könne er seine Ansicht nicht aussprechen.

Der amerikanische Botschafter beschränkte sich in seinem Vortrag auf Darstellung und Analyse der großen Veränderungen im Bereich des Warschauer Paktes. Seinen Zuhörern – Politikern, Diplomaten, Wissenschaftlern und Journalisten – fiel auf, daß Walters in keiner Weise zu erkennen gab, wie sich seine Regierung den Prozeß zur deutschen Einheit als Ergebnis des Selbstbestimmungsrechts und der Bedingungen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges operativ vorstellt. Auf alle Fragen nach Auflösung des Widerspruchs, daß die Deutschen frei entscheiden sollten, Richtung und Tempo der künftigen Entwicklung aber von anderen vorgegeben seien, reagierte er in klassischer diplomatischer Manier, indem er

solche Fragen mißverstand und auf Ungefragtes antwortete.

Wiederholt darauf angesprochen, ob er es für möglich halte, daß der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow die DDR aus dem Warschauer Pakt entlasse, während die NATO unverändert bleibe, meinte Walters, er könne sich gut vorstellen, daß Gorbatschow sich des Beispiels des ehemaligen französischen Präsidenten Charles de Gaulle erinnere. Dieser habe zunächst das französische Kolonialreich unbedingt verteidigen wollen, es dann aber rasch aufgelöst, damit Frankreich seine Ressourcen zur technologischen Entwicklung einsetzen könne. Möglicherweise werde Gorbatschow die sowjetischen Truppen eher aus der DDR zurückziehen, als man man heute allgemein glaube. Nachdem er Polen verloren habe, sei die DDR strategisch sowieso nur noch ein „Insel-Glacié“. Kürzlich sei er, Walters, von Moskau nach Kiew gefahren. Die Sowjets hätten darauf bestanden, daß er den Nachtzug nehme. Es sei aber schon früh hell geworden, und er habe, um mit Helmut Schmidt zu sprechen, ein „Obervolta mit Raketen“ gesehen. 22 Divisionen in der DDR würden in der Zukunft einfach zu teuer für Gorbatschow. Aufgabe der westlichen Alliierten sei es, sagte Walters, die Sowjetunion davon zu überzeugen, daß der Prozeß zur deutschen Einheit im Rahmen einer stabilen Entwicklung auch in ihrem eigenen Interesse liege.

Kennan mahnt zu Besonnenheit

Washington (AP/Reuter) – Der amerikanische Diplomat George Kennan hat unterdessen vor einer zu hastigen Vereinigung beider deutscher Staaten gewarnt. Vor dem Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats sagte Kennan, die deutsche Einheit solle solange warten, bis die USA, die Sowjetunion und die europäischen Nachbarn Deutschlands sich auf einen

Rahmen dafür geeinigt hätten. Als ersten Schritt auf dem Weg zur Einheit Deutschlands schlug er eine Wiedervereinigung beider Teile Berlins unter einer gemeinsamen Stadtverwaltung vor. Dafür sollten die Vier Mächte die Voraussetzungen schaffen.

In der gegenwärtigen instabilen Lage in den Ländern Osteuropas, besonders aber in der DDR, liege auch eine große Gefahr, sagte Kennan. Innerhalb weniger Tage könne sich eine Lage ergeben, in der keine Zentralregierung mehr existiere. Bei etwaigen Gewalttätigkeiten in der DDR sollten sich die Vier Mächte bereit halten, einzugreifen.

Brite warnt vor Euphorie

ck München – Vor allzu großer Euphorie über die Entwicklungen in Osteuropa hat Sir Oliver Wright, langjähriger Diplomat und außenpolitischer Berater der britischen Regierung, vor der Gesellschaft für Auslandskunde gewarnt. In einer offiziellen Stellungnahme zur deutschen Frage sagte der ehemalige Botschafter in Bonn, die Briten stünden der Wiedervereinigung positiv gegenüber. Diese sei aber nur unter Beibehaltung aller bislang geschlossenen Verträge und unter Einhaltung aller internationalen Verpflichtungen der Bundesregierung möglich. „Die deutsche Politik muß berechenbar bleiben“, sagte Wright. Solange die Demokratie im Osten noch nicht gefestigt sei und solange die Gefahr eines Sturzes Gorbatschows bestehe, dürfe sich der Westen nicht in Sicherheit wiegen. „Wir sollten nur beidseitig abrüsten, sollten militärisch wehrhaft bleiben, sollten Wirtschaftshilfe im großen Rahmen erst leisten, wenn der Pluralismus im Osten etabliert ist,“ erklärte Wright. Frieden und Wohlstand habe die Bundesrepublik im Rahmen von NATO und EG erlangt; dies solle sie nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Bonner Rundschau vom 19.1.1990

Walters zur Wiedervereinigung

„Prozeß muß die Anliegen aller Länder in West und Ost berücksichtigen“

Bonn. (dpa) Die Überwindung der Teilung Deutschlands ist nach den Worten des US-Botschafters in der Bundesrepublik, Vernon Walters, unverändert das Ziel der USA und aller anderen Bündnispartner Bonns in der Nato. Der Prozeß der Wiedervereinigung müsse aber die „Anliegen aller Länder in Ost und West“ berücksichtigen, sagte Walters gestern vor der

SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Der Westen befinde sich in der günstigen Lage, diesen Prozeß mit Hilfe der in der Nachkriegszeit geschaffenen Institutionen lenken zu können. Nach Walters' Ansicht ist das Ziel der deutschen Einheit heute „in greifbarere Nähe gerückt als zu irgendeinem Zeitpunkt in den letzten 40 Jahren“.

Berlin wird nach den Worten des Diplomaten unter der Verwaltung der vier Siegermächte stehen, bis es Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands sei. In der jetzigen Zeit des Wandels biete auch Berlin Möglichkeiten zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Mitteleuropas. In diesen Prozeß müsse die UdSSR direkt einbezogen werden.

Tagesspiegel, Berlin
vom 19.1.1990

Neues Deutschland
vom 19.1.1990

US-Botschafter Walters: Kalter Krieg beendet

Bonn (dpa/AP). Die Überwindung der Teilung Deutschlands ist nach den Worten des amerikanischen Botschafters in der Bundesrepublik, Walters, unverändert das Ziel der USA und aller anderen Bündnispartner Bonns in der NATO. Der Prozeß der Wiedervereinigung müsse allerdings die „Anliegen aller Länder in Ost und West“ berücksichtigen, sagte Walters gestern in einer Rede vor der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Berlin wird nach den Worten des Diplomaten bis zu dem Tag unter der Verwaltung der vier Siegermächte stehen, an dem es Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands sei. In der jetzigen Zeit des Wandels biete auch Berlin Möglichkeiten zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Mitteleuropas. In diesen Prozeß müsse die UdSSR, die für die Stadt insgesamt verantwortlich bleibe, direkt einbezogen werden, weil er sonst keinen Erfolg haben könne.

Der Kalte Krieg sei durch die Umwälzungen in Osteuropa praktisch vorüber. „Der Westen ist als Sieger hervorgegangen. Wir sollten auf diesen Sieg stolz sein“, betonte Walters. Trotzdem müsse der Westen angesichts des langen und beschwerlichen Weges, den die Völker Osteuropas noch vor sich hätten, vorsichtig bleiben. Es dürfe deshalb kein Zweifel darüber aufkommen, daß die NATO weiter unerlässlich sei.

Mahnung zur Vorsicht in der deutschen Frage

Bonn (ADN). Behutsamkeit und Vorsicht in der deutschen Frage mahnte der USA-Botschafter in der BRD, Vernon Walters, am Donnerstag vor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn an: Unter Hinweis auf entsprechende Erklärungen von USA-Präsident George Bush sagte er zur Frage der Vereinigung beider deutscher Staaten, zum gegenwärtigen Zeitpunkt „sollten wir eine bestimmte Vorstellung weder befürworten noch ausschließen“.

Heftige Kontroversen löste die Erklärung des USA-Diplomaten aus, daß eine deutsche Einheit „im Rahmen der anhaltenden Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber der NATO“ erfolgen sollte. Die Mehrheit der Teilnehmer lehnte in der Diskussion das Konzept einer Einvernahme der DDR in die NATO und damit einer Ausdehnung der NATO-Grenzen bis an die Oder ab. Damit werde auch das Prinzip der Selbstbestimmung aufgegeben.

Donau-Kurier, Ingolstadt vom 19.1.1990

Britischer Lord befürchtet „wirtschaftlichen Blitzkrieg“

London/Bonn (dpa) Der britische Lord Joseph Kagan (Labour-Partei) hat vor einer neuen deutsch-russischen Allianz gewarnt. In einer Debatte im Oberhaus über Aspekte einer möglichen deutschen Wiedervereinigung sagte er am Mittwochabend: „Wenn die DDR mit ihren 17 Millionen hochqualifizierten Spezialisten und gutausgebildeten Leuten, deren zweite Sprache seit 44 Jahren Russisch ist, sich mit der Bundesrepublik zusammenschließen, werden wir einen wirtschaftlichen Blitzkrieg in Osteuropa erleben.“

„Die Kombination von deutscher Organisation und Technologie und dem russischen Platz, den menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen ist absolut unschlagbar“, sagte Lord Kagan. Der ehemalige Labour-Premierminister Lord James Callaghan sagte, Schritte in Richtung auf die Wiedervereinigung Deutschlands seien nicht mehr rückgängig zu machen. Darauf müsse sich der Rest Europas ebenso einstellen wie die Sowjetunion.

Die Überwindung der Teilung Deutschlands ist nach den Worten des amerikanischen Botschafters in der Bundesrepublik, Vernon Walters, un-

verändert das Ziel der USA und aller anderen Nato-Partner Bonns. Der Prozeß der Wiedervereinigung müsse allerdings die „Anliegen aller Länder in Ost und West“ berücksichtigen, sagte Walters gestern vor der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Berlin werde bis zu dem Tag, unter der Verwaltung der vier Siegermächte stehen, an dem es Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands sei, sagte Walters. In der jetzigen Zeit des Wandels biete auch Berlin Möglichkeiten zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Mitteleuropas. In diesen Prozeß müsse die UdSSR, die für die Stadt insgesamt verantwortlich bleibe, einbezogen werden, weil er sonst keinen Erfolg haben könne.

Ungarns Staatsminister Imre Pozsgay sieht eine künftige deutsche Einheit als „unvermeidbar“ an. Aus Sicht seines Landes bedeute sie nicht nur „keine Gefahr“, sondern „mehr noch – eine neue europäische Möglichkeit“, sagte der Reformpolitiker in Budapest bei einem Gespräch mit dem CDU-Fraktionschef im Stuttgarter Landtag, Erwin Teufel.

Nordwestzeitung, Oldenburg
vom 19.1.1990

„Deutsche Einheit ist näher gerückt“

Walters vor Friedrich-Ebert-Stiftung

dpa Bonn. Die Überwindung der Teilung Deutschlands ist nach den Worten des amerikanischen Botschafters in der Bundesrepublik, Vernon Walters, unverändert das Ziel der USA und aller anderen Bündnispartner Bonns in der Nato.

Der Prozeß der Wiedervereinigung müsse allerdings die „Anliegen aller Länder in Ost und West“ berücksichtigen, sagte Walters am Donnerstag in einer Rede vor der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Der Westen befinde sich in der günstigen Lage, diesen Prozeß mit Hilfe der in der Nachkriegszeit geschaffenen Institutionen lenken zu können. Nach

Walters Ansicht ist das Ziel der deutschen Einheit heute „in greifbarere Nähe gerückt als zu irgendeinem Zeitpunkt in den letzten 40 Jahren“.

Berlin wird nach den Worten des Diplomaten bis zu dem Tag, unter der Verwaltung der vier Siegermächte stehen, an dem es Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands sei. In der jetzigen Zeit des Wandels biete auch Berlin Möglichkeiten zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Mitteleuropas. In diesen Prozeß müsse die UdSSR, die für die Stadt insgesamt verantwortlich bleibe, direkt einbezogen werden, weil er sonst keinen Erfolg haben könne.

Badische Zeitung, Freiburg
vom 19.1.1990

„Deutsche Einheit nur in der Nato“

BONN (AP). Die USA machen die Zustimmung zu einer Vereinigung beider deutscher Staaten von der Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland in der Nato abhängig. Daran hat der US-Botschafter in Bonn, Vernon Walters, am Donnerstag in der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD keinen Zweifel gelassen. Walters zitierte US-Präsident Bush, der im Dezember nach einem Treffen mit Nato-Generalsekretär Wörner in Brüssel erklärt hatte, „die Wiederherstellung der Einheit sollte im Rahmen der anhaltenden Verpflichtungen gegenüber der Nato und einer zunehmend integrierten Europäischen Gemeinschaft und unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten der alliierten Mächte erfolgen“. Auf den Umstand, daß der 1952 zwischen der Bundesrepublik und den drei Westalliierten geschlossene Deutschlandvertrag nur die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft als Voraussetzung für die Wiedervereinigung nennt, ging Walters mit dem Argument ein, daß sich die Stärke der Staatengemeinschaft Westeuropas auch auf die Entschlossenheit und Willenskraft der Nato gründe.

Kölner Stadt-Anzeiger
vom 19.1.1990

Stadtverwaltung für ganz Berlin vorgeschlagen

US-Vorbehalt zu deutscher Einheit aber erneuert

Washington/Bonn (ap, dpa) – Der prominente frühere US-Diplomat und Historiker George Kennan hat am Donnerstag vor einer zu hastigen Vereinigung beider deutscher Staaten gewarnt. Vor dem Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats sagte Kennan, die deutsche Einheit solle solange warten, bis die Sowjetunion und die europäischen Nachbarn Deutschlands sich auf einen Rahmen dafür geeinigt hätten. Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Einheit Deutschlands schlug er eine Wiedervereinigung beider Teile Berlins unter einer gemeinsamen Stadtverwaltung vor. Dafür sollten die Schutzmächte USA, Frankreich, Großbritannien und UdSSR die Voraussetzungen schaffen.

An Bündnispflicht erinnert

Der amerikanische Botschafter in Bonn, Vernon Walters, ließ in diesem Zusammenhang vor der Friedrich-Ebert-Stiftung keinen Zweifel daran, daß die USA ihre Zustimmung zu einer deutschen Wiedervereinigung von der Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland in der Nato abhängig machten. Walters zitierte US-Präsident George Bush, der im Dezember nach einem Treffen mit Nato-Generalsekretär Wörner in Brüssel er-

klärt hatte, „die Wiederherstellung der Einheit sollte im Rahmen der anhaltenden Verpflichtungen gegenüber der Nato und einer zunehmend integrierten EG und unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten der alliierten Mächte erfolgen“.

Vor einer neuen deutsch-russischen Allianz warnte der britische Labour-Lord Joseph Kagan gestern. In einer Debatte im Oberhaus über Aspekte einer möglichen deutschen Wiedervereinigung sagte Lord Kagan: „Wenn die DDR mit ihren 17 Millionen hochqualifizierten Spezialisten und gutausgebildeten Leuten, deren zweite Sprache seit 44 Jahren Russisch ist, sich mit der Bundesrepublik zusammenschließen, werden wir einen wirtschaftlichen Blitzkrieg in Osteuropa erleben“. Die Kombination „von deutscher Organisation und Technologie und dem russischen Platz, den menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen ist absolut unschlagbar“, sagte Lord Kagan. Der ehemalige Labour-Premierminister Lord James Callaghan meinte in der Debatte, Schritte in Richtung auf die Wiedervereinigung Deutschlands seien nicht mehr rückgängig zu machen.

Im gleichen Sinne äußerte sich Ungarns Staatsminister Imre Pozsgay, der meinte, eine künftige deutsche Einheit sei „unvermeidbar“. Aus der Sicht seines Landes bedeute dies jedoch keineswegs eine Gefahr, sondern im Gegenteil eine neue europäische Möglichkeit.

Die Welt, Hamburg
vom 19.1.1990

„Ziel der USA ist unverändert die Einheit“

dpa, Bonn

Die Überwindung der Teilung Deutschlands ist nach den Worten des amerikanischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland, Vernon Walters, unverändert das Ziel der USA und aller anderen Bündnispartner Bonns in der Nato. Der Prozeß der Wiedervereinigung müsse allerdings die „Anliegen aller Länder in Ost und West“ berücksichtigen, sagte Walters in einer Rede vor der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Der Westen befinde sich in der günstigen Lage, diesen Prozeß mit Hilfe der in der Nachkriegszeit geschaffenen Institutionen lenken zu können. Nach Walters' Ansicht ist das Ziel der deutschen Einheit heute „in greifbarere Nähe gerückt als zu irgendeinem Zeitpunkt in den letzten 40 Jahren“. Berlin werde bis zu dem Tag unter der Verwaltung der vier Siegermächte stehen, an dem es Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands sei, sagte der Diplomat. In der jetzigen Zeit des Wandels biete auch Berlin Möglichkeiten zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Mitteleuropas.

Auch Ungarns Staatsminister Imre Pozsgay erklärte, er sehe eine künftige deutsche Einheit als „unvermeidbar“ an. Aus Sicht seines Landes bedeute sie nicht nur „keine Gefahr“, sondern „mehr noch – eine neue europäische Möglichkeit“, sagte der sozialistische Reformpolitiker in Budapest bei einem Gespräch mit dem CDU-Fraktionschef im Stuttgarter Landtag, Erwin Teufel. Den Anschluß seines Landes an die EG bezeichnete Pozsgay als „verlockenden Schritt“.

Frankfurter Neue Presse
vom 19.1.1990

„Geeintes Deutschland muß Nato-Mitglied sein“

Bonn (ap/dpa). – Die USA machen die Zustimmung zu einer Vereinigung beider deutscher Staaten von der Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland in der Nato abhängig. Daran hat US-Botschafter Vernon Walters keinen Zweifel gelassen.

Walters zitierte vor der Friedrich Ebert-Stiftung der SPD Bonn Präsident Bush, der im Dezember in Brüssel gesagt hatte, „die Wiederherstellung der Einheit sollte im Rahmen der anhaltenden Verpflichtungen gegenüber der Nato

und einer zunehmend integrierten Europäischen Gemeinschaft und unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten der alliierten Mächte erfolgen“.

Der britische Labour-Lord Kagan sagte im Oberhaus über eine mögliche deutsche Wiedervereinigung, wenn die DDR „mit ihren 17 Millionen hochqualifizierten Spezialisten“ sich mit der Bundesrepublik zusammenschließen, „werden wir einen wirtschaftlichen Blitzkrieg in Osteuropa erleben“.

Wiesbadener Kurier
vom 19.1.1990

US-Diplomat: Beide Staaten in die Nato

BONN (AP). Die USA machen die Zustimmung zu einer Vereinigung beider deutscher Staaten von der Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland in der Nato abhängig. Daran hat US-Botschafter Vernon Walters am Donnerstag in der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD keinen Zweifel gelassen. Walters zitierte US-Präsident Bush, der im Dezember nach einem Treffen mit Nato-Generalsekretär Wörner in Brüssel erklärt hatte, „die Wiederherstellung der Einheit sollte im Rahmen der anhaltenden Verpflichtungen gegenüber der Nato und einer zunehmend integrierten Europäischen Gemeinschaft und unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten der alliierten Mächte erfolgen“.

Stuttgarter Zeitung
vom 19.1.1990

Kennan befürchtet Unruhen in der DDR

WASHINGTON (Reuter). Der ehemalige US-Diplomat George Kennan hat vor Gewalttätigkeiten in der DDR gewarnt und erklärt, die vier Mächte sollten notfalls zu einem Einschreiten bereit sein. Die Lage in der DDR sei „sehr, sehr heikel“ und gefährlich, sagte Kennan vor dem außenpolitischen Unterausschuß des Senats in Washington. Es sei nicht auszuschließen, daß bei einer Fortsetzung der Unruhen die DDR effektiv keine Regierung mehr habe. In einer solchen Situation könnten dann die vier Mächte – USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich – die öffentliche Ordnung in der DDR wiederherstellen. Die USA machen die Zustimmung zu einer Vereinigung beider deutscher Staaten von der Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland in der Nato abhängig. Daran hat US-Botschafter Vernon Walters am Donnerstag in der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD keinen Zweifel gelassen. Walters zitierte US-Präsident George Bush, der im Dezember nach einem Treffen mit Nato-Generalsekretär Manfred Wörner in Brüssel erklärt hatte, „die Wiederherstellung der Einheit sollte im Rahmen der anhaltenden Verpflichtungen gegenüber der Nato erfolgen“. Auf den Umstand, daß der 1952 zwischen der Bundesrepublik und den drei Westalliierten geschlossene Deutschlandvertrag nur die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft als Voraussetzung für die Wiedervereinigung nennt, ging Walters mit dem Argument ein, daß sich die Stärke der Staatengemeinschaft Westeuropas auch auf die Entschlossenheit und Willenskraft der Nato gründe.

Offenbach-Post
vom 19.1.1990

„Einheit nur bei Bündnistreue“

Bonn/Budapest (AP/dpa) – Die USA machen die Zustimmung zu einer Vereinigung beider deutscher Staaten von der Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland in der Nato abhängig. Daran hat US-Botschafter Vernon Walters gestern in der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD keinen Zweifel gelassen. Die Bundesrepublik sei ein wichtiger Bündnispartner, sagte Walters. Von ihren Beiträgen im sicherheitspolitischen Bereich wie auch im Hinblick auf die von ihr übernommene politische Führungsrolle habe das Bündnis profitiert. Ebenso wie jedem anderen Nato-Mitglied komme die Stärke des Bündnisses auch der Bundesrepublik zugute.

Ungarns Staatsminister Imre Pozsgay sieht eine künftige deutsche Einheit als „unvermeidbar“ an. Aus Sicht seines Landes bedeute sie nicht nur „keine Gefahr“, sondern „mehr noch – eine neue europäische Möglichkeit“, sagte der sozialistische Reformpolitiker in Budapest bei einem Gespräch mit dem CDU-Fraktionschef im Stuttgarter Landtag, Erwin Teufel.